

Koalitionsvertrag für Harburg

2014 bis 2019

zwischen

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kreis Harburg

und

der Christlich Demokratischen Union

Deutschlands Kreis Harburg

Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
Wohnungsbau	5
Vertrag für den Wohnungsbau.....	5
Wohnen in der Innenstadt.....	5
Harburger Binnenhafen	6
Röttiger-Kaserne (NF66).....	7
Elbmosaik (NF65).....	8
Neuenfelde.....	8
Sandbek.....	8
Kinder und Jugendliche	9
Wirtschaft und Arbeit	11
Innovationsstandort.....	11
Industrie und Gewerbe.....	12
Harburger Innenstadt.....	12
Landwirtschaft	14
Tourismus.....	14
Verkehr	14
Wirtschaftsverkehr/Durchgangsverkehr.....	15
Bahnverkehr.....	16
Örtlicher Verkehr.....	16
Öffentlicher Personennahverkehr.....	17
Radverkehr.....	18
Straßenausbau.....	19
Soziales und Integration	19
Flüchtlingsunterbringung	21
Gesundheit und Verbraucherschutz	23

Umwelt	25
Innere Sicherheit und Bürgerservice	27
Polizei und Feuerwehr.....	27
Prävention.....	27
Bürgerservice.....	28
Kultur	28
Sport und Freizeit	31
Sportplätze.....	31
Sporthallen.....	31
Schwimmen in Harburg.....	32
Unterstützung der Vereinsarbeit.....	32
Olympia und Spitzensport.....	33
Süderelbe	34

Präambel

Harburg ist ein Bezirk mit hoher Lebensqualität und großer Vielfalt, der viele Entwicklungschancen für die Zukunft aber auch einige Herausforderungen bereithält. Die Entwicklung des Wohnungsbaus im Bezirk, z.B. in den Neubaugebieten in Süderelbe oder auch die Weiterentwicklung des Harburger Binnenhafens und der Technischen Universität mit ihrem Innovationsumfeld bieten solche Chancen. Auf der anderen Seite stehen unter anderem die strukturellen Herausforderungen der Harburger Innenstadt insbesondere der Lüneburger Straße und des Neugrabener Zentrums oder die Frage der Unterbringung und Integration der rasant wachsenden Zahl an Flüchtlingen.

Eine gemeinsame Vorstellung für die Bewältigung dieser und anderer Aufgaben und der zukünftigen Entwicklung mit den Menschen und für die Menschen in Harburg zu entwickeln ist dabei eine der Hauptaufgaben, der wir uns stellen wollen. Das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum in einem lebenswerten Wohnumfeld, nach guter Arbeit und einer funktionierenden sozialen und sonstigen Infrastruktur eint dabei diejenigen, die bereits in Harburg leben und diejenigen, die als Neubürger auf unterschiedlichen Wegen nach Harburg kommen.

Hier hat es in den vergangenen Jahren viele gute Entwicklungen gegeben, die zum Teil aber noch nicht abgeschlossen sind und fortgeführt werden müssen. Mit der zunehmenden Zuwanderung nach Hamburg werden auch für den Bezirk Harburg noch weitere Aufgaben in den nächsten Jahren hinzukommen. Es werden neue Ideen und Konzepte entwickelt und umgesetzt werden müssen, damit die positive Entwicklung Harburgs fortgesetzt und verstärkt werden kann.

Dafür braucht es in den nächsten 5 Jahren politische Verlässlichkeit sowie den Willen und die Fähigkeit Neues zu erkennen und gestalten. SPD und CDU haben sich daher entschieden, in der kommenden Legislaturperiode in einer Koalition gemeinsam die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Harburg sich auch in Zukunft gut entwickelt.

In diesem Koalitionsvertrag haben wir beschrieben, welche Grundsätze uns leiten, welche Ziele wir haben und wie wir sie bis 2019 erreichen wollen.

Wohnungsbau

Harburg wächst. Allein in den letzten 3 Jahren ist Harburg jährlich um 1000 neue Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Mittlerweile hat Harburg 155.000 Einwohner. Und Harburg wächst weiter. Die Metropole Hamburg zieht Menschen aus ganz Deutschland und der Welt an. Sie brauchen ebenso wie die Harburgerinnen und Harburger selbst neue Wohnungen. Auch die vielen Flüchtlinge aus den Krisengebieten brauchen eine Perspektive auf ein Leben außerhalb von Flüchtlingsunterkünften.

Vertrag für den Wohnungsbau

Deshalb wird die Koalition den Wohnungsbau in Harburg in gleichem Maße voranbringen wie in den vergangenen Jahren. Dabei braucht es eine bedarfsgerechte Mischung aus öffentlich gefördertem und frei finanziertem Wohnraum in den Stadtteilen. Hierzu werden die Koalitionspartner einer Fortschreibung des Vertrages des Bezirks mit dem Senat zustimmen, wobei Basis weiterhin mindestens 700 Wohneinheiten jährlich sowie eine Quote von 30% öffentlich gefördertem Wohnungsbau sein werden.

Die Koalition wird sich bei der Fortschreibung des Vertrages allerdings dafür einsetzen, dass bei der Quote für den geförderten Wohnungsbau nicht nur Mietwohnungen sondern auch mit Mitteln der Wohnungsbaukreditanstalt geförderte Eigentumsmaßnahmen berücksichtigt werden. Ebenso sind Studenten- und andere öffentlich geförderte Wohnungen bei der Anzahl der Wohneinheiten zu berücksichtigen.

Die Koalition ist sich darüber einig, dass sich der Wohnungsneubau an der Nachfrage zu orientieren hat. Dabei sollen Wohnungen orientiert an der umgebenden Struktur verstärkt auch durch eine Verdichtung oder Aufstockung in den bereits vorhandenen Quartieren entstehen. Insbesondere beim Bau von öffentlich geförderten Wohnungen sind auch weiterhin die Besonderheiten in der Sozialstruktur der jeweiligen Stadtteile zu berücksichtigen, so dass in sozial schwierigeren Lagen durch eine gute Mischung von öffentlich gefördertem und bezahlbarem frei finanziertem Mietwohnungsbau sowie durch Eigentumsmaßnahmen auch eine sozial stabile Mischung der Bevölkerung ermöglicht wird.

Wohnen in der Innenstadt

Die Belegung der Harburger Innenstadt ist nicht nur von den Fortschritten des Citymanagements und des BID bei der Einzelhandelsentwicklung abhängig sondern auch davon, dass in der Innenstadt wieder vermehrt Menschen leben. Zudem bietet die Harburger Innenstadt noch ein großes Potential für Wohnungen nicht nur im Bereich der Fußgängerzone Lüneburger Straße sondern insbesondere auch im Schippseequartier. Vorrangiges Ziel der Koalition ist es daher, das Wohnen in der Harburger Innenstadt zu fördern.

Sowohl durch eine Umwidmung von Büros und Praxen als auch durch den Neubau von Wohnungen soll sowohl in der Lüneburger Straße als auch zwischen Buxtehuder Straße und

Harburger Ring einerseits und Seehafenbrücke und Lauterbachstraße andererseits ein attraktives Quartier entstehen, in dem Wohnen, Gastronomie und Einzelhandel zu einer spannenden und lebendigen Mischung zusammenkommen. Der Masterplan City Harburg hat die Potentiale dieses Gebietes bereits aufgezeigt. Auf dieser Basis soll das Gebiet weiterentwickelt werden.

Die Koalitionspartner werden prüfen lassen, inwieweit für Teilbereiche des Phoenix-Viertels Sanierungsmaßnahmen nach Städtebauförderungsgesetz fortgesetzt können und müssen.

Harburger Binnenhafen

Die Entwicklung des Harburger Binnenhafens bleibt ein weiteres vorrangiges Ziel der Stadtentwicklung. Nachdem nunmehr Probleme für das Wohnen und den ständigen Aufenthalt vor Ort mittels vertraglicher Regelungen und den Verzicht auf die Lagerung von Produkten durch die Fa. Brenntag deutlich reduziert werden konnten, entwickelt sich auf dem Gebiet „Harburger Brücken“ der Wohnungsbau und auch in anderen Bereichen des Binnenhafens entstehen wie am Kaufhauskanal Wohnungen, damit der Binnenhafen nach langer Zeit wieder zu einem vollwertigen neuen Stadtteil Harburgs werden kann.

Die Koalitionspartner werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass der Wohnungsbau im Harburger Binnenhafen unter Beachtung des Nebeneinanders von Wohnen, Gewerbe und Industrie, seiner ursprünglichen Struktur und unter Berücksichtigung des sich daraus ergebenden Bestandsschutzes, gefördert und noch verstärkt wird.

Da eine Überwindung der Bahntrasse durch eine Verlegung der Bahnlinie und des schienengebundenen Hafenverkehrs allenfalls langfristig eine Perspektive hat, muss zeitnah eine andere Lösung für eine bessere und attraktivere Verbindung des Binnenhafens mit der Innenstadt realisiert werden. Die bereits vorgeplante Landschaftsbrücke auf Höhe des Schellerdamm ist hierzu nach Ansicht der Koalitionspartner eine geeignete Zukunftsoption.

Insbesondere im Bereich des Projekts Eco-City, der ehemaligen New York-Hamburger-Gummi-Waaren-Compagnie, wird sich die Koalition bemühen, den aufgetretenen Stillstand aufgrund des Konfliktes zwischen Denkmalschutz einerseits und der erheblichen Nitrosamin-Belastung andererseits aufzulösen, damit auch an dieser Stelle die positive Entwicklung des Binnenhafens fortgesetzt werden kann.

Das Projekt Neuländer Quarree wird hingegen kritisch gesehen. Eine Realisierung des geplanten Wohnungsbaus auf dieser Fläche wird es ohne den mindestens gleichzeitigen Bau der gewerblichen Mantelbebauung zur Hannoverschen Straße und der dahinter liegenden Bahnlinie sowie in südlicher Richtung zur Fa. Brenntag nicht geben. Wegen der erheblichen Lärmbelastung werden die Koalitionspartner einem isolierten oder vorgezogenen Wohnungsbau auf dieser Fläche nicht zustimmen.

Röttiger-Kaserne (NF 66)

Die Bebauung der Röttiger-Kaserne ist ein wichtiger Baustein für den Wohnungsbau in Harburg, da in diesem Baugebiet ein bezahlbares und naturnahes Wohnangebot für viele verschiedene Interessentengruppen geschaffen werden kann. Dennoch ist anzuerkennen, dass die Bebauung des ehemaligen Kasernengeländes in Teilbereichen einigen Bedenken begegnet und Verbesserungspotenzial besteht.

Die Koalitionspartner werden dem Bebauungsplan NF 66 in seiner jetzigen Fassung zustimmen und damit eine zügige Beschlussfassung und Feststellung des Bebauungsplans noch 2014 ermöglichen. Änderungen des Plans wird es von Seiten der Koalition nicht geben. Um allerdings Bedenken gegen den Bebauungsplan Rechnung zu tragen, wird folgendes vereinbart:

- In der Umsetzung des Bebauungsplans wird die Anzahl der zu bauenden Wohneinheiten auf höchstens 685 - 690 begrenzt. Die durch die Reduzierung fehlenden ca. 100 Wohneinheiten werden im Gegenzug an anderer, geeigneter Stelle im Bezirk Harburg ausgeglichen.
- Die Höhe der Bebauung auf dem sog. Plateau in der Mitte des Baugebiets wird durch die Höhe der das Plateau einfassenden Bäume auf maximal 5 Geschosse begrenzt.
- Das Gebäude am Ende der Planstraße A1 am Übergang zum Naturschutzgebiet wird maximal viergeschossig ausgeführt.
- Die im Bebauungsplan enthaltenen Gestaltungsregelungen bleiben unverändert Bestandteil des Bebauungsplans. Allerdings wird in begründeten Ausnahmefällen vom Instrument der Befreiung großzügig Gebrauch gemacht. Hierzu wird es eine schriftliche Vorlage für die Bauprüfteilung und den Regionalausschuss geben.

Darüber hinaus ist sich die Koalition der Bedeutung der Freizeit- und Sportmöglichkeiten für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Plangebietes bewusst. Die Uwe-Seeler-Halle wird deshalb planungsrechtlich gesichert.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass die Halle aufgrund der erheblichen finanziellen Risiken nicht in die Bewirtschaftung durch den Bezirk übergehen wird.

Da sowohl die Sanierung als auch der Betrieb der Halle nach bisherigen Erkenntnissen mit erheblichen Kosten verbunden sind, die auch der nutzende Verein nicht aufbringen kann, soll die IBA beauftragt werden, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, aus der sich der Kostenrahmen sowie ein nachhaltiges Nutzungs- und Finanzierungskonzept unter Einbeziehung von möglicher Schulnutzung und außersportlicher Nutzung ergeben sollen. Die Machbarkeitsstudie soll sich im Rahmen des Nutzungskonzepts auch mit der Zuwegung zur Halle durch eine eigenständige Zufahrt von der Cuxhavener Straße und gegebenenfalls erhöhten Parkbedarf beschäftigen, um den mit der Hallennutzung verbundenen Verkehr aus dem Wohngebiet heraus zu halten.

Im Zuge der Bebauung des Kasernengeländes wird die Koalition dafür sorgen, dass ein hierdurch erwarteter Bedarf nach einem Sportplatz für Vereins- und Schulsport durch einen zeitnahen Neubau nördlich der Cuxhavener Straße im Bereich der Schule Ohrsweg gedeckt wird.

Elbmosaik (NF 65)

Das Baugebiet Elbmosaik befindet sich bereits in der Vermarktung, die seit der Beauftragung der IBA GmbH deutlich an Fahrt gewonnen hat. Die nächsten Bauabschnitte 3 und 4 stehen unmittelbar vor dem Beginn der Vermarktung.

Hierbei legt die Koalition Wert darauf, dass vor Beginn der Vermarktung der nächsten Bauabschnitte und vor der Ausweisung bislang nicht ausgewiesener Flächen im Rahmen einer Bedarfsanalyse die Nachfragesituation ermittelt und die Planung entsprechend angepasst wird.

Ferner ist dafür Sorge zu tragen, dass die vorgesehene Infrastruktur, sofern möglich, parallel zur Vermarktung erstellt wird. Dies betrifft insbesondere die geplanten Spielplätze sowie die Möblierung des Parks am Bildungs- und Gemeinschaftszentrums BGZ und die Herrichtung der vorgesehenen Freizeitflächen.

Neuenfelde

Ein Bedarf an neuen Wohnungen ist auch in Neuenfelde vorhanden. Andererseits ist das Alte Land als Obstanbaugebiet wegen der landwirtschaftlichen Nutzung sensibel im Hinblick auf Nutzungskonflikte. Der Stellenwert wird daran verdeutlicht, dass Bewohner und Vereine vor Ort die Aufnahme des Obstanbaugebietes als Weltkulturerbe anstreben.

Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der Koalition, den Bebauungsplan Neuenfelde 17 (NIncooper Deich) zügig umzusetzen, sofern die immissionsschutzrechtlichen Nutzungskonflikte gelöst werden und ein verträgliches Nebeneinander von Wohnen und Landwirtschaft möglich ist.

Sandbek

Die nördlich der B73 liegende Fläche, auf der sich auch die ehemalige Standortverwaltung der Röttiger-Kaserne befand, ist im Flächennutzungsplan als Wohnungsbaufäche gesichert. Dennoch waren die Planungen bisher auf die Nutzung als Logistikfläche ausgerichtet. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass auf diesen Flächen eine Logistiktutzung abgelehnt wird.

Vorstellbar ist auf diesen Flächen eine nicht störende Gewerbe- und Wohnnutzung, um die umgebenden Wohngebiete in Sandbek und auf der ehemaligen Röttiger-Kaserne sowie in Neu Wulmstorf nicht mit Lärm und Schwerlastverkehr zu belasten.

Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Ihnen die Möglichkeit zu geben, ein selbstbestimmtes und gutes Leben in unserer Gesellschaft führen zu können, ist nicht nur für die Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen wichtig sondern auch für die Gesellschaft, die mit einer guten und zielgerichteten Kinder- und Jugendarbeit späteren Problemen vorbeugt.

Hierzu ist eine gute Ausstattung der Stadtteile mit bedarfsgerechten Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie mit Freizeitangeboten erforderlich. Es ist Aufgabe der Bezirkspolitik gerade in Zeiten von knappen Ressourcen dafür Sorge zu tragen, dass ein bedarfsgerechtes Angebot vorhanden ist und auf Veränderungen bei den Bedarfen zeitnah reagiert wird.

Deshalb ist die von der Bezirksversammlung beschlossene Evaluation der offenen Kinder- und Jugendarbeit durchzuführen, um vorhandene Bedarfe und den zielgerichteten Einsatz der Mittel zu erkennen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bei der BASFI einzuwerben.

Sofern Veränderungen in den Bedarfen einzelner Stadtteile festgestellt werden, ist in erster Linie durch eine Umverteilung vorhandener Mittel hierauf zu reagieren. Die Koalition erwartet jedoch, dass im Rahmen von Neubaugebieten entstehende zusätzliche Bedarfe durch eine angemessene Aufstockung der aufzuwendenden Mittel aufgefangen werden.

Die Koalitionspartner gehen zudem davon aus, dass die noch fehlenden Mittel für die Verlagerung und den Neubau des Hauses der Jugend in Neuwiedenthal aus Mitteln einer Fachbehörde oder aus Mitteln des Sanierungsfonds der Bürgerschaft bereitgestellt werden.

Die bewährte Arbeit des Mädchentreffs im Harburger Kerngebiet wird finanziell abgesichert und fortgesetzt. Ebenso muss die Arbeit des Freizeitentrums Mopsberg/Feuervogel unter neuer Trägerschaft fortgesetzt werden. Bei der Neuausrichtung ist die Finanzierung eines unabhängigen Centermanagements aus Mitteln der Jugendhilfe zu prüfen.

Tarifsteigerungen in den geförderten Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind bislang aus Haushaltsresten finanziert worden. Hier ist eine solide regelhafte Finanzierung über den Haushalt anzustreben.

Kinder brauchen auch in ihrem familiären Umfeld Bedingungen, die ihnen eine gute körperliche und geistige Entwicklung ermöglichen. Leider finden nicht alle Kinder diese Bedingungen in ihrer Familie vor. Die Koalitionspartner werden sich deshalb für eine Stärkung und Ausweitung der frühen Hilfen nicht nur in den ersten 12 Lebensmonaten sondern bis zum 3. Lebensjahr einsetzen. Die Familienhebammen haben sich bewährt. Sie gehen in den ersten 12 Lebensmonaten in die Familien und können dort vorhandene Defizite erkennen und unmittelbar Hilfe anbieten und leisten. Für die Fortsetzung dieser erfolgreichen Arbeit werden sich die Partner einsetzen. Auch die Arbeit der Mütterberatung

und der Mutter-Kind-Zentren leistet einen wichtigen Beitrag und ist zu unterstützen, abzusichern und auszubauen.

Für den Kampf gegen Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder ist die vom Senat beschlossene personelle und qualitative Verbesserung der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) eine Maßnahme, die von den Koalitionspartnern begrüßt wird. Um auch zukünftig effektiv arbeiten zu können, soll eine Stelle im ASD Süderelbe auch mit den Aufgaben eines Kinderschutzkoordinators/in betraut werden. Aufgrund von absehbaren Ereignissen wie z.B. Mutterschutz oder Elternzeit drohenden Kapazitätsverlusten beim ASD ist durch rechtzeitige Ausschreibung von Vertretungsstellen entgegenzuwirken. Für eine rechtliche Begleitung der Fachdienststellen im Jugendbereich bei auftretenden Problemfällen ist zukünftig im Falle staatsanwaltlicher Ermittlungen oder familiengerichtlicher Maßnahmen das Rechtsamt hinzuzuziehen.

Zudem erwarten die Koalitionspartner bei möglichen Problemfällen eine frühzeitige Unterrichtung gem. § 19 BezVwG.

Kinder und auch Jugendliche brauchen darüber hinaus auch Räume, die ihnen zum Spielen, Sport treiben oder einfach zur Freizeitgestaltung dienen. Dafür braucht es eine bedarfsgerechte und qualitativ ansprechende Ausstattung der Stadtteile mit Spielplätzen und Freizeitflächen.

Die Koalitionspartner werden im Rahmen eines Pilotprojekts „Freizeitspaß und Qualität für Harburgs Kinder“ dafür sorgen, dass die vorhandenen Spielplätze unter Beteiligung von Experten überprüft und zeitgemäß ausgestattet werden. Vorhandene Spielgeräte sind ebenso wie Freizeit- und Bolzplätze in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen und zu halten. Der Sand auf Spielplätzen ist regelmäßig auszutauschen.

Die Koalition wird darauf hinwirken, dass auch private Eigentümer und Investoren ihren Verpflichtungen zum Bau und zur Unterhaltung von Spielplätzen nachkommen.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Prozessen ist nicht nur die gesetzliche Vorgabe des § 33 Bezirksverwaltung sondern der Koalition auch ein wichtiges Anliegen. Die Erwartungen, die mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre verbunden waren, haben sich nicht erfüllt. Die Wahlbeteiligung gerade der jungen Wähler war unterdurchschnittlich. Dies zeigt, dass es weitere Formen der Beteiligung junger Menschen braucht.

Das Ziel der Koalition ist es, dass zunächst versuchsweise eine Bezirksjugendkonferenz eingerichtet wird, auf der die aktuellen Themen der Kommunalpolitik ebenso diskutiert werden können wie die von den Jugendlichen als wichtig erachteten Themen. Zugleich soll auf der Bezirksjugendkonferenz die weitere Beteiligung mit den Jugendlichen selbst diskutiert werden.

Unabhängig davon werden die Koalitionspartner einen Beschlussantrag in die Bezirksversammlung einbringen, der die Verwaltung auffordert, zukünftig bei jeder Planung und jeder Vorlage zu prüfen, ob Belange von Kindern und Jugendlichen durch die Planung betroffen sind und das Ergebnis dieser Prüfung und die Auswirkung der Maßnahmen in den jeweiligen Vorlagen auch deutlich zu machen. Soweit Belange von Kindern und Jugendlichen betroffen sind, wird durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der jeweiligen Vorhaben angemessen beteiligt werden.

Weiterhin soll ein Kataster der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche erstellt und sowohl im Internet als auch in Papierform zur Verfügung stehen.

Der Bau von Betriebskindergärten ist ebenso zu begrüßen wie die Schaffung flexiblerer Betreuungszeiten.

Wirtschaft und Arbeit

Die wirtschaftliche Struktur Harburgs hat sich in den vergangenen 25 Jahren erheblich verändert. Stand Harburg für Jahrzehnte vor allem dafür, dass hier vornehmlich Industrieunternehmen ihre Produktionsstandorte hatten, so hat sich Harburg seit den 90er Jahren zuerst unbemerkt, mittlerweile aber selbstbewusst zu **dem** Innovationsstandort Hamburgs gewandelt. In demselben Maße, in dem industrielle Produktion verlagert wurde, entwickelte sich rund um die Technische Universität Hamburg-Harburg, die Tutech GmbH im Harburger Binnenhafen und den HIT-Technopark in Bostelbek aufgrund der hervorragenden wissenschaftlichen Infrastruktur und der zeitgleich erfolgten städtebaulichen Veränderungen im Binnenhafen eine innovative Gründerkultur.

Aufgabe der Kommunalpolitik in Harburg ist es, diese Entwicklung weiter zu fördern und zu unterstützen, damit Harburg neben dem auch weiterhin notwendigen industriellen Kern seinen zwischenzeitlich erworbenen Ruf als Innovationsstandort festigt und dadurch weitere Unternehmen und damit Arbeitsplätze nach Harburg zieht.

Innovationsstandort

Die Technische Universität ist das Herzstück der Entwicklung die Harburg als Zentrum innovativer Technologie genommen hat. Deshalb war es richtig, der TU mit dem neuen Hauptgebäude ein unverwechselbares Gesicht und mit dem Ausbau des Ostflügels und der Überlassung des ehemaligen Gesundheitsamts am Irrgarten Raum zur Erweiterung ihres Angebotes zu geben.

Zugleich hat sich die TU in den vergangenen Jahren geöffnet und mit der Beteiligung an öffentlichen Veranstaltungen die Möglichkeit einer größeren Identifikation der Harburgerinnen und Harburger mit ihrer Universität ermöglicht.

Diese positive Entwicklung gilt es fortzusetzen und die TU in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen. Der Wissenschaftsstandort Harburg ist weiter zu stärken. Deshalb wird sich die Koalition für eine zeitnahe Umsetzung des ersten Bauabschnitts des Center for Green Technologies einsetzen und auch darauf hinwirken, dass der zweite Bauabschnitt unverzüglich folgt.

Die Ansiedlung weiterer Technologieunternehmen in Harburg muss das Ziel der weiteren Entwicklung sein. Daher werden die Koalitionspartner die Betreiber des HIT-Technoparks wie auch die TuTech GmbH bei ihren Erweiterungsplänen aktiv unterstützen. Auch im Binnenhafen ist das Ziel bei der Vermarktung weitere innovative Unternehmen für vorgesehene Gewerbeflächen zu gewinnen.

Industrie und Gewerbe

Auch wenn Harburg mittlerweile eher als Technologie- und Innovationszentrum wahrgenommen wird, ist Harburg nach wie vor der Bezirk mit den meisten Unternehmen und Arbeitsplätzen in klassischen Industrieunternehmen wie z.B. Mercedes, Conti, Tesa oder auch Harburg-Freudenberger. Die Wertschöpfung durch diese Unternehmen bildet ebenso wie die Arbeitsplätze für viele Harburgerinnen und Harburger einen wichtigen Teil der wirtschaftlichen Stärke Hamburgs.

Diesen industriellen Kern Harburgs gilt es ebenso zu erhalten wie auch durch moderne technologieorientierte Produktionsstätten zu ergänzen. Hierzu gilt es Flächen für die Erweiterung bereits in Harburg angesiedelter oder die Ansiedlung neu gewonnener Unternehmen planungsrechtlich zu sichern oder neu auszuweisen.

Das Industrie- und Gewerbeflächenkonzept des Bezirks ist fortzuschreiben und weiterzuentwickeln, um die Vermarktung von Flächen für interessierte Unternehmen, die sich in Harburg erweitern oder nach Harburg kommen wollen, zu optimieren. Die Koalitionspartner erwarten zudem, dass der Bezirk den Fokus noch mehr auf die Wirtschaftsförderung und auf eine aktive Ansprache und Information potentieller Investoren legt. Es wird auch erwartet, dass die Bezirksverwaltung die politischen Gremien frühzeitig informiert, sollte sich eine mögliche Abwanderung von Unternehmen abzeichnen oder ein potentieller Investor Schwierigkeiten bei der Standortsuche in Harburg haben.

Die Koalition wird zudem dafür sorgen, dass auf dem Gelände der ehemaligen Standortverwaltung der Röttiger-Kaserne in Sandbek kein Logistikzentrum entstehen wird.

Harburger Innenstadt

Der Einkaufsstandort im Harburger Zentrum wird nach wie vor durch das Phoenix-Center auf der einen und Karstadt auf der anderen Seite geprägt. Die Fußgängerzone in der Lüneburger Straße hat es schwer, sich dazwischen angemessen positiv zu entwickeln. Sie steht daher seit Jahren im Mittelpunkt der Bemühungen von Politik und Verwaltung. Das Citymanagement

und der Business Improvement District (BID) haben es bislang nur in kleinen Schritten und Ansätzen geschafft, die Fußgängerzone zu stabilisieren.

Deshalb braucht die Lüneburger Straße weiterhin die Unterstützung und Aufmerksamkeit der Verwaltung und der politischen Gremien in Harburg. Konkret muss dafür Sorge getragen werden, dass die Zusammenarbeit von Citymanagement und BID optimiert wird, um durch die Bündelung der Ressourcen die wichtigen Herausforderungen zu lösen. Hierzu gehört es auch, die Möglichkeit zu schaffen, dass Verkaufsflächen zu größeren Einheiten zusammengelegt werden, um so die Vermietungschancen zu erhöhen.

Mit dem Innenstadtdialog war in der vergangenen Legislaturperiode ein Verfahren zur breiten Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere auch der Grundstückseigentümer und Geschäftsinhaber bei der Weiterentwicklung der Lüneburger Straße durchgeführt worden. Aus einer Vielzahl von Vorschlägen wurden wiederum mit breiter Beteiligung 5 Vorschläge ausgewählt. Diese Vorschläge sind jetzt umzusetzen und in einer Auswertung des Innenstadtdialogs zu prüfen, ob und ggf. wie die Beteiligung von Bürgern weiterentwickelt oder in anderer Form verstärkt werden kann.

Das Konzept der zeitlich befristeten Zwischennutzung von nicht vermieteten Ladenflächen mit sogenannten Pop-up-shops wird begrüßt. Parallel hierzu ist die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern. Durch die Schaffung von Wohnungen in der Harburger Innenstadt und die Verbesserung des gastronomischen Angebots sollen zusätzliche Impulse für eine positive Entwicklung gesetzt werden.

Auch die Bereiche der Innenstadt im Anschluss an die Lüneburger Straße dürfen bei der Gesamtentwicklung des Harburger Zentrums nicht außer Betracht bleiben.

Deshalb werden die Koalitionspartner die Fortsetzung der Verhandlungen über einen BID Am Sand/Hölertwiete weiter unterstützen. Der Wochenmarkt auf dem Sand ist dabei zu sichern.

Der Gloriatunnel hat durch den Umbau und die Einrichtung des Cafés sowie der Galerie im Tunnel eine Aufwertung erfahren, die auch baulich fortgesetzt werden muss, z.B. durch die notwendige Beseitigung der Betonbrüstung oberhalb des Tunnelcafés und bei der Beseitigung von Barrieren und Hindernissen. Die Belebung und die gesteigerte Aufenthaltsqualität sind zu sichern und weiterzuentwickeln.

Durch die Aufwertung des Tunnels ist eine attraktive Verbindung entstanden, die ohne eine Fortsetzung im Bereich der anschließenden Seevepassage bis zum Phoenix-Center unvollständig bliebe. Daher wird die Koalition nun die Aufwertung der Seevepassage im Rahmen eines zu erstellenden Konzepts zu einem weiteren Schwerpunkt der Innenstadtentwicklung machen. Im Rahmen der Erstellung des Konzepts sind auch Überlegungen zur Zukunft des Harburg Centers und des Schweizer Hofes anzustellen. Da diese Objekte schon seit Jahren einer positiven Entwicklung dieses Bereichs entgegenstehen,

erwarten die Koalitionspartner, dass alle rechtlichen Möglichkeiten geprüft und genutzt werden, um diese Gebäude oder Grundstücke ebenfalls positiv zu entwickeln.

Einig sind sich die Koalitionspartner darüber, dass die Ansiedlung von Outlet-Centern oder ähnlichen Großanbietern in der Harburger Innenstadt negative Auswirkungen auf den Einzelhandelsstandort haben würde und daher abzulehnen ist.

Der Weihnachtsmarkt auf dem Rathausplatz hat sich mittlerweile etabliert und soll dort auch für die Zukunft gesichert werden.

Landwirtschaft

Die Pflege der Kulturlandschaften Harburgs durch die Landwirte unserer Region wird begrüßt und unterstützt.

Das Alte Land ist als Obstanbaugebiet zu sichern. Nutzungskonflikte, die zu einer Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung führen können, sind so zu lösen, dass hierdurch die Landwirtschaft nicht beeinträchtigt wird.

Tourismus

Harburg hat viel zu bieten. Kunst, Kultur, interessante städtebauliche Bereiche und viele Freizeitmöglichkeiten in der Natur wie z.B. der Beginn des Heidewanderweges in der Fischbeker Heide setzen sehr unterschiedliche Akzente, die für Gäste Hamburgs interessant sein können.

Diese Vorzüge Harburgs sind allerdings außerhalb Harburgs nur wenig bekannt. Deshalb ist das Marketing Harburgs in dieser Richtung zu verbessern. Die Koalitionspartner werden sich daher dafür einsetzen, dass die öffentlichen Marketingunternehmen Hamburg Marketing GmbH und Hamburg Tourismus GmbH sich intensiver auch um das Stadtmarketing für Harburg kümmern. Parallel dazu sind eigene Anstrengungen zu entfalten und die Vorzüge Harburgs für Gäste auf einer entsprechenden Internetseite und in Broschüren und Flyern herauszustellen.

Zugleich braucht es ein breites Hotelangebot in allen Preis- und Qualitätsklassen, um ein möglichst breites Publikum nach Harburg zu holen. Die Eröffnung des B&B Hotels am Karnapp ist dabei nur ein erster Schritt. Weitere müssen folgen. Die Koalition wird die Voraussetzungen hierfür schaffen.

Verkehr

Mobilität nimmt in unserer Gesellschaft eine zunehmend wichtige Rolle ein. Hamburg bietet als Großstadt in einer wirtschaftlich starken Metropolregion dabei ein vielfältiges Bild an Mobilität, das den Wirtschaftsverkehr ebenso umfasst wie die Mobilität des einzelnen mit PKW, Fahrrad oder Verkehrsmitteln des öffentlichen Nahverkehrs. Die Koalition ist sich der

daraus resultierenden Herausforderungen sowohl im Hinblick auf Nutzungskonflikte, Immissionen und einem qualitativ und quantitativ guten Mobilitätsangebot bewusst und sieht hierin auch einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in den nächsten Jahren.

Wirtschaftsverkehr/Durchgangsverkehr

Wirtschaftsverkehr ist ein notwendiger Bestandteil wirtschaftlicher Kraft. Harburg ist mit den Autobahnen, Bahngleisen und Bundesstraßen ein Schwerpunkt des Wirtschaftsverkehrs und Durchgangsverkehrs in Hamburg. Hier hat insbesondere der Wirtschaftsverkehr auf der Straße und der Schiene mit all seinen negativen Auswirkungen wie Lärm und Schadstoffimmissionen erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Harburgerinnen und Harburger.

Eine Verkehrspolitik, die diese Nutzungskonflikte und die Folgen des unabdingbaren Wirtschaftsverkehrs verringert, ist das Ziel der Koalition.

Deshalb wird sich die Koalition auf Hamburger Ebene für ein Verkehrskonzept für den Süderelberaum einsetzen, das insbesondere auch Maßnahmen für eine effektive Verkehrslenkung enthält. Zu ergänzen ist das Verkehrskonzept durch ein LKW-Führungskonzept, das den Schwerlastverkehr nach Möglichkeit um stark belastete innerstädtische Bereiche herumführt.

Ein wichtiger Bestandteil hierzu ist der zügige Bau der A26/Hafenquerspange auf der vorgesehenen Trasse. Hierbei ist die A26 in allen Bereichen, in denen sie Berührung mit Wohngebieten hat, mit bestmöglichem Lärmschutz zu versehen, um die Lärmimmissionen auf die Wohnbebauung zu vermeiden oder erheblich zu vermindern.

Die Option für den direkten Anschluss der Wohngebiete Süderelbes an die A26 durch eine eigene Anschlussstelle ist offenzuhalten.

Die bereits in der Umsetzung befindliche Lärmaktionsplanung ist konsequent fortzuführen. Die bereits fertig geplanten Maßnahmen an der Bremer Straße und der Winsener Straße sind zügig umzusetzen. Das Konzept für Lärmschutz im Bezirk soll weiterentwickelt werden.

Auch nach der Fertigstellung der A26 ist die BAB-Anschlussstelle Moorburg der A7 an der bisherigen Stelle zu erhalten. Wegen der häufigen Rückstaus ist zu prüfen, ob die Abbiegespur vom Fürstenmoordamm auf die BAB 7 an der Anschlussstelle Richtung Norden verlängert werden kann.

Sollte es einen neuen Anschluss des Containerterminals Altenwerder geben, so erwarten die Koalitionspartner, dass die Waltershofer Straße zwischen CTA und der Einmündung Georg-Heyken-Straße für den zu erwartenden Mehrverkehr ertüchtigt wird. Außerdem ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass der Schwerlastverkehr aus Moorburg herausgehalten wird.

Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass der geplante Umbau der B75 – Bremer Straße mit Flüsterasphalt zeitnah noch in 2015 erfolgt. Parallel soll der Umbau der Kreuzung Bremer Straße/Friedhofstraße/Ernst-Bergeest-Weg durchgeführt werden.

Auch auf der B73 ist auf dem meistbefahrenen Teilstück zwischen Hannoversche Straße und der Helios Klinikum Mariahilf Flüsterasphalt aufzubringen. Zudem ist durch eine bessere Ampelsteuerung ein besserer Verkehrsfluss auf der gesamten B73 durch ein „Grüne Welle“ bei Tempo 50 sicherzustellen.

Ferner ist zu prüfen, ob und inwieweit Schwerlastverkehr durch eine geänderte Verkehrsführung aus dem Binnenhafen auf die B73 geführt werden kann.

Es sind zudem verkehrslenkende Maßnahmen vorzunehmen, die den Durchgangsverkehr aus der mitten im Binnenhafen liegenden Straße Kanalplatz/Veritaskai herausnehmen können. In diesem Zusammenhang sind die Verlegung und der Ausbau der Seevestraße dringend notwendig. Es ist zu prüfen, wie der Umbau und die Verlegung finanziert und zeitnah umgesetzt werden können.

Eine neue BAB-Raststätte an der A1 auf Harburger Gebiet wird abgelehnt.

Bahnverkehr

Auch der Bahnverkehr hat erhebliche Lärmbelastungen für die an der Bahntrasse liegenden Wohngebiete zur Folge. Die trennende Wirkung der Bahnlinie zwischen Binnenhafen und der Harburger Innenstadt hat zudem erhebliche städtebauliche Folgen für die weitere Entwicklung des Harburger Zentrums.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ist zu prüfen, wie der Hafenhinterlandverkehr auf der Schiene langfristig aus der Harburger Innenstadt herausgenommen werden kann.

Der Lärmschutz entlang der Bahnlinien und insbesondere der Gleise, auf denen Hafenverkehr stattfindet ist zu ergänzen und zu vervollständigen.

Örtlicher Straßenverkehr

In den vergangenen Jahren ist eine große Zahl der Straßen in Harburg mit erheblichem Aufwand saniert worden. Dieses Programm ist fortzusetzen, um alle Straßen in Harburg in einen guten Zustand zu versetzen.

Hierbei ist die Fahrbahndecke der Winsener Straße von der Straße Am Frankenberg stadtauswärts zeitnah und vorrangig zu sanieren.

Folgende bauliche und verkehrliche Maßnahmen sind umzusetzen:

- Im Zuge der Umsetzung des Umbaus des Phoenix-Centers ist ein verändertes Nutzungskonzept für die Moorstraße zu prüfen, insbesondere welche Folgen für den gesamten Verkehrsfluss in der Harburger Innenstadt eine geänderte Verkehrslenkung

und Nutzung der Moorstraße z.B. mit einer eventuellen Beschränkung auf den öffentlichen Personennahverkehr haben würde.

- Es soll überprüft werden, ob und durch welche Maßnahmen vor dem Finanzamt die Verkehrsführung verbessert werden kann.
- Vor Schulen und Kindertagesstätten im Bezirk sind grundsätzlich Tempo 30-Zonen einzurichten.
- Vor der Kita Bissingstraße ist eine Querungsmöglichkeit einzurichten.
- Es soll geprüft werden, ob und ggf. an welchen Stellen die Einrichtung von Temposys-Anlagen möglich und erforderlich sind, um die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.
- Zur Verbesserung des Verkehrsflusses ist im Einzelfall zu prüfen, ob Busbuchten wiederhergestellt oder Fahrbahnverengungen zurückgebaut bzw. beseitigt werden können.
- Der ruhende Verkehr ist bereits in einigen Bereichen Harburgs ein Problem. Nachdem die früher gesetzlich vorgesehene Verpflichtung zur Bereitstellung von Stellplätzen nicht mehr besteht, soll zur Vermeidung zukünftiger Probleme in allen zukünftigen Bebauungsplänen und bei allen Neubauprojekten eine ausreichende Anzahl an Stellplätzen ausgewiesen werden.
- Die Parkplatzsituation am Asklepios Klinikum Harburg ist Gegenstand vieler Proteste, da insbesondere die Mitarbeiter ihre Fahrzeuge tagsüber in den angrenzenden Straße abstellen seit die Nutzung des Parkplatzes der Klinik vergütungspflichtig geworden ist. Hier ist durch Gespräche mit der Geschäftsleitung der Asklepios Klinik sicherzustellen, dass zukünftig die Mitarbeiter ihre Fahrzeuge grundsätzlich wieder auf dem Gelände der Klinik abstellen.
- Sämtliche Verkehrsschilder im Bezirk sind zudem in einen Zustand zu bringen und halten, das sie für die Verkehrsteilnehmer sichtbar und erkennbar sind

Öffentlicher Personennahverkehr

Hamburg verfügt mit der U-Bahn, der S-Bahn und den Bussen der Hamburger Hochbahn AG über ein hervorragend ausgebautes Mobilitätsangebot, von dem Harburg mit der S3 und der S31 sowie den vielzähligen Busverbindungen ebenfalls profitiert. Dieses Angebot ist angesichts der wachsenden Bevölkerung im Bezirk und der steigenden Fahrgastzahlen insbesondere bei der S-Bahn seit der Verlängerung der S3 nach Stade auszubauen. Eine ausreichende Kapazität der öffentlichen Verkehrsmittel ist für eine verstärkte Nutzung des ÖPNV ebenso unabdingbare Voraussetzung wie attraktive Umsteigemöglichkeiten zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln.

Auch im öffentlichen Personennahverkehr ist der Sprung über die Elbe möglich. Bei der Planung der zukünftigen U-Bahnlinien werden die Koalitionspartner darauf hinwirken, dass auch geprüft wird, ob und wie eine Verlängerung der U4 über Wilhelmsburg bis nach Harburg realisiert werden kann.

Zur Verbesserung des bestehenden schienengebundenen Angebots der S3 ist es erforderlich, über die bisher bestellten S-Bahnfahrzeuge hinaus weitere Fahrzeuge anzuschaffen, damit nicht nur Fahrzeuge ersetzt werden, die aus Altersgründen ausgemustert werden müssen sondern im Saldo zusätzliche Kapazitäten für eine erhebliche Taktverbesserung zur Verfügung stehen.

Die Verstärkerlinie S32 ist weiter zu planen und zügig umzusetzen. Zudem ist zu prüfen, ob in der Zwischenzeit eine Taktverdichtung bei den Zugverbindungen des Metronom zu einer Verbesserung der schienengebundenen Anbindung Harburgs führen kann.

Für den besseren Umstieg ist der switch-point am Harburger Bahnhof zu einem vollwertigen Angebot mit Car-Sharing-Angeboten und ausreichenden Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und PKW auszubauen.

Die Kapazität des Parkhauses am Harburger Bahnhof ist nicht mehr ausreichend. Es ist bedarfsgerecht auszubauen. Auch bei dem Parkhaus am S-Bahnhof Neugraben ist zu prüfen, ob die Kapazitäten noch ausreichend sind. Gegebenenfalls ist auch hier ein Ausbau vorzunehmen.

Die Einführung von Parkgebühren in den P&R-Häusern ist nach Ablauf eines angemessenen Zeitraums daraufhin zu evaluieren, ob und gegebenenfalls inwieweit sich die Nutzerzahlen und die Auslastung der Parkhäuser verändert haben. Sollte die Evaluation ergeben, dass die Nutzerzahlen sich erheblich negativ verändert haben, erwarten die Koalitionspartner Maßnahmen, die die Attraktivität dieses Umsteigeangebots auf öffentliche Verkehrsmittel wieder erhöhen.

An allen S-Bahnhöfen in Harburg sind in ausreichender Anzahl Fahrradstellplätze einzurichten und vorzuhalten.

Die Erweiterung der Kapazitäten mehrerer Buslinien in Harburg mit dem Winterfahrplan 2014/2015 durch Taktverdichtungen und den Einsatz von Gelenkbussen wird begrüßt.

Ein effektiver Busverkehr setzt jedoch voraus, dass der zentrale Omnibusbahnhof am Harburger Bahnhof zeitnah bedarfsgerecht und zukunftssicher umgebaut wird. Bei den Planungen ist die Bahn AG zu beteiligen, da eine Erweiterung nur durch eine veränderte Nutzung der vorhandenen Flächen möglich ist.

Radverkehr

Gerade in der Kombination mit öffentlichen Verkehrsmitteln stellt das Fahrrad eine gute Alternative zur Nutzung des PKW dar. Deshalb wird die Entscheidung des Senats begrüßt, im Harburger Zentrum insgesamt 10 StadtRad-Stationen einzurichten.

Mit der Einrichtung der Stationen soll der Ausbau von StadtRad in Harburg jedoch nicht beendet sein. Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass nach Einrichtung der nun beschlossenen Stationen zeitnah anhand der Nachfrage geprüft wird, an welchen

weiteren Stellen auch in Richtung Süderelbe StadtRad-Stationen eingerichtet werden können.

Das Radwegenetz im Bezirk ist zu überprüfen und auszubauen. Ausbaukonzepte sind zu erarbeiten und den beteiligten Ausschüssen vorzustellen.

Straßenausbau

Auch in Zukunft werden Straßen im Bezirk ausgebaut und fertiggestellt werden, so dass Ausbaubeiträge entstehen werden.

Es wird allerdings angestrebt, dass Bürger bei einem erstmaligen Ausbau oder der endgültigen Herstellung von Straßen frühzeitig zu beteiligen sind. Die bisherigen Ausbauplanungen sind daraufhin zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß sind.

Der Bürgerschaft wird zudem empfohlen, zu prüfen, ob eine Teilabrechnung von Maßnahmen möglich und sinnvoll sein kann, um Ausbaumaßnahmen zu vermeiden, die nur aus dem Grund ausgeführt werden, um eine Abrechnungsfähigkeit herzustellen. Gegebenenfalls ist eine entsprechende Gesetzesinitiative einzubringen.

Soziales und Integration

Die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen ist das erklärte politische Ziel der Koalition in Harburg. Eine vorrangige Aufgabe ist dabei die Integration von Zuwanderern in diese Gesellschaft mit entsprechenden Angeboten und Hilfestellungen. Hiervon umfasst ist aber auch die Unterstützung der Bevölkerungsgruppen, die auf die Hilfe der Gesellschaft und des Staates angewiesen sind und deren Teilhabe davon abhängt, dass ihnen Hindernisse aus dem Weg geräumt und konkrete Angebote gemacht werden.

Die Integration von Menschen in unsere Gesellschaft kann nur gelingen, wenn sowohl die Zugewanderten als auch die hier bereits länger lebenden Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Diese Mitwirkung äußert sich u.a. darin, dass im Rahmen von Integrationskonferenzen die Maßnahmen und Angebote diskutiert und politische Entscheidungen vorbereitet werden. Die Koalitionspartner werden sich daher dafür einsetzen, dass die erfolgreichen Integrationskonferenzen in Harburg fortgesetzt werden können und insbesondere die auslaufende Förderung aus Bundesmitteln weitergeführt oder anderweitig kompensiert wird. Ferner sollen die Ergebnisse der Konferenzen, soweit sie finanziell und organisatorisch machbar sind, zeitnah umgesetzt werden.

Zudem befürworten die Partner die Einrichtung eines ständigen bezirklichen Integrationsrats als beratendes Gremium für Verwaltung und Politik. Dieser gewählte Beirat kann als Schnittstelle zwischen den Harburgern und der Politik zu einer Verstetigung und Fortentwicklung der Integrationspolitik auf bezirklicher Ebene führen.

Der bezirkliche Integrationspreis wird gesichert und auch in Zukunft vergeben.

Das Leben von Seniorinnen und Senioren im Bezirk ist ein Thema, dass in Zukunft einer noch größeren Betrachtung bedarf. Der demographische Wandel wird zwar in Hamburg zunächst noch nicht zu derart weitreichenden Folgen führen, wie in anderen Gebieten Deutschlands, da Hamburg nach den Prognosen in den nächsten 20 Jahren noch wachsen wird. Dennoch wird auch hier die Zahl der Menschen im Alter von über 65 zunehmen und es in zunehmender Anzahl Hochbetagte geben.

Ihren Bedürfnissen wird die Koalition auch in der Bezirkspolitik Rechnung tragen. Dies beginnt damit, dass bei der Aufstellung von Bebauungsplänen auch neue, generationenübergreifende Wohnformen wie z.B. Wohngemeinschaften oder Generationenhäuser zu berücksichtigen sind, damit für ältere Menschen ein möglichst breites, bedarfs- und interessengerechtes Wohnangebot zur Verfügung steht.

Der öffentliche Raum ist zudem so auszugestalten, dass er auch den Bedürfnissen älterer Menschen entspricht. Die Koalitionspartner werden sich daher dafür einsetzen, dass in öffentlichen Parks und Grünanlagen weitere Seniorenbewegungsstätten wie in Neuwiedenthal eingerichtet werden. Nachdem nach der Einweihung des Fahrstuhls am S-Bahnhof Heimfeld sämtliche S-Bahnhöfe in Harburg barrierefrei umgerüstet sind, ist auch bei der Umgestaltung von Straßen, Gehwegen und Plätzen sowie in öffentlichen Gebäuden in Harburg der Gesichtspunkt der Barrierefreiheit sukzessive umzusetzen. Damit der öffentliche Raum für Senioren und Menschen mit Behinderungen aber auch für junge Familien mit Kinderwagen besser und bequemer nutzbar wird.

Das Angebot von HarAlt (Harburger Alternativen) ist seit mehr als 25 Jahren für die Weiterbildung von Menschen ab 55 Jahren ein etabliertes und gutes Bildungsangebot. Die Koalition unterstützt diese Einrichtung und wird sich dafür einsetzen, dass die gute Arbeit weiter finanziell abgesichert fortgesetzt werden kann.

Die Schließung der Harburger Betreuungsstelle ist ein Fehler, da der örtliche Bezug verloren geht, der gerade bei der Betreuung von Menschen von Bedeutung ist. Längere Wege vom Hamburger Zentrum gehen zulasten der zur Verfügung stehenden Zeit und damit der Intensität der Betreuung. Die Koalitionspartner lehnen das ab und fordern, ein Angebot der Betreuungsstelle in Harburg zu erhalten.

Zu denen, denen unser besonderes Augenmerk gelten muss, gehören insbesondere auch die Menschen, die auf die Harburger Tafel oder Einrichtungen wie das Hans-Fitze-Haus angewiesen sind. Diese Einrichtungen werden wir auch in Zukunft unterstützen und fördern.

Beim Hans-Fitze-Haus werden die Partner rechtzeitig vor Ablauf des bisher auch mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierten Projekts, in dem es neben dem Freizeittreff auch aufsuchende Sozialarbeit, Sozial- und Gesundheitsberatung und sogar eine Tagesjobbörse für Langzeitarbeitslose gibt, prüfen, ob und wie eine Weiterfinanzierung des

Projekts sichergestellt werden kann, sofern sich das Projekt im Rahmen der Erwartungen positiv entwickelt.

Vielfach wird die Unterstützung Hilfebedürftiger erst durch einen großen ehrenamtlichen Einsatz ermöglicht. Das Freiwilligennetzwerk vermittelt Freiwillige an Organisationen und berät diese bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen. Die Koalitionspartner werden diese gesellschaftlich wichtige Arbeit weiter unterstützen und sich auch hier für die finanzielle Sicherung einsetzen.

Flüchtlingsunterbringung

Aufgrund der seit 2011/ 2012 zunehmenden Zahl der kriegerischen Auseinandersetzungen und Krisen auf der Welt nimmt die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen wieder drastisch zu. Die Flüchtlingszahlen erreichen und übertreffen mühelos die Zahlen der Flüchtlinge in den 90er Jahren. Für das Jahr 2014 werden mindestens 200.000 neue Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Für 2015 ist mit einem Rückgang nicht zu rechnen. Diese Entwicklung geht auch an Harburg nicht vorüber.

Nachdem die Flüchtlingszahlen seit Ende der 90er Jahre zurückgegangen waren, fehlt es in der Stadt an Aufnahmekapazitäten, da die vorher vorhandenen und nicht mehr benötigten Einrichtungen anderen wichtigen städtebaulichen Zwecken gewichen sind. Hinzu kommt ein Wohnungsmarkt, der schon nicht genug bezahlbare Wohnungen für diejenigen bereit hält, die bereits in dieser Stadt wohnen oder aus anderen Teilen Deutschlands nach Hamburg ziehen.

Dieser Verantwortung Hamburgs und Harburgs werden sich die Koalitionspartner in partnerschaftlichem Zusammenwirken stellen. Voraussetzung der Schaffung von Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung ist zum einen die Akzeptanz der Bevölkerung, die durch Transparenz bei der Verteilung von Flüchtlingen in der Stadt und durch Einbindung von Anwohnerinnen und Anwohnern bei der Integration entstehen kann. Zum Anderen ist es notwendig qualitativ gute Unterkünfte zu schaffen, die ein menschenwürdiges, auf Konfliktminimierung ausgerichtetes und sicheres Wohnen und Leben ermöglichen.

1. Die Harburger Koalition wird sich daher gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass schnellstmöglich unter Einbeziehung der Bezirke eine landesweite Konzeption zur Unterbringung von Flüchtlingen erstellt wird, die nicht nur die Neuerrichtung und den Betrieb von Einrichtungen sondern auch deren Rückbau oder Erhalt im Falle sinkender Flüchtlingszahlen erfasst. Hierbei sind nicht nur die reinen Einwohnerzahlen sondern insbesondere auch die Sozialdaten der Bezirke zu berücksichtigen.

Ziel ist es, Einrichtungen zu schaffen, die den Flüchtlingen für eine vorübergehende Zeit ein Heim bieten, bis eine Vermittlung in Wohnraum erfolgen kann, wozu auch im

Bezirk Harburg entsprechende Wohnungen im sozial geförderten Wohnungsbau erforderlich sind.

Die Qualität der Einrichtungen ist wesentlich von deren Größe sowie der Belegung abhängig. Deshalb strebt die Koalition an, dass Einrichtungen im Bezirk Harburg grundsätzlich nicht über mehr als 170 Plätze zu verfügen. Die Einrichtungen müssen zudem besser über den Bezirk verteilt werden und im Wesentlichen aus abgeschlossenen Einheiten bestehen, die insbesondere der Unterbringung von Familien dienen. Bei der Belegung werden die Koalitionspartner eine bezirkliche Beteiligung einfordern, mit dem Ziel eine Belegung mit Konfliktpotenzial von vornherein zu vermeiden.

Um zukünftig eine gleichmäßigere Verteilung über den Bezirk zu ermöglichen, müssen neben Gebäuden und Grundstücken in öffentlicher Hand unter Zurückstellung von fiskalischen Bedenken auch private Grundstücke und Gebäude in die Planungen einbezogen werden.

Zugleich ist dafür Sorge zu tragen, dass die Einrichtungen nicht zu Dauereinrichtungen werden. Es ist daher in regelmäßigen Abständen spätestens nach 5 Jahren zu prüfen, ob eine Einrichtung unter Berücksichtigung der Entwicklung der Flüchtlingszahlen noch benötigt wird oder nach der zu erstellenden Hamburger Konzeption zur Flüchtlingsunterbringung an dem jeweiligen Ort geschlossen werden kann.

2. Für das Gelingen der Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft und das Umfeld der jeweiligen Einrichtungen ist neben Transparenz vor allem auch die Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen, der Anwohnerinnen und Anwohner und das ehrenamtliche Engagement vieler von großer Bedeutung.

Die Koalition wird daher einen Dialog führen, in den sämtliche relevanten gesellschaftlichen Gruppen wie Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Träger, Vereine und sonstige gesellschaftliche Gruppen eingebunden werden sollen. Dieser Dialog hat das Ziel, die Kompetenz und das Engagement vieler einzubeziehen und daraus ein Netzwerk für Harburg zu schaffen, um neu auftretende Probleme oder notwendige neue Einrichtungen zeitnah und kompetent von Anfang an begleitenden zu können. Hieraus soll ein Prozess entstehen, an dessen Ende das Harburger Integrationskonzept unter Einbeziehung der Flüchtlingsproblematik weiterentwickelt wird.

Die Koalition wird über Vorschläge für konkrete Gebäude oder Flächen für neue Einrichtungen unter Beachtung der Vereinbarungen dieses Koalitionsvertrags sowie im Rahmen von noch zu entwickelnden Konzepten Einvernehmen erzielen, wobei die derzeit bereits angemeldeten Flächen gemäß anliegender Liste als abgestimmt gelten.

Die Koalition lehnt eine Unterbringung auf Schiffen insbesondere im Harburger Binnenhafen ab.

Bei der Neueinrichtung von Einrichtungen der Flüchtlingsunterbringung wird die Koalition eine frühzeitige Unterrichtung und Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner z.B. durch Runde Tische gewährleisten. Hierbei sind vorhandene Kommunikations- und Hilfsnetzwerke wie z.B. Stadtteilbeiräte oder Arbeitskreise einzubinden, sobald die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) eine Entscheidung über eine Nutzung getroffen hat.

Die Koalition wird zudem sicherstellen, dass ein durch die Unterbringung von Flüchtlingen im Bezirk entstehender zusätzlicher Aufwand in der bezirklichen Verwaltung nicht aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln des Bezirkes zu tragen ist. Der Mehraufwand auch im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist durch entsprechende zusätzliche Sach- und Personalverstärkungsmittel abzudecken.

Die Koalition geht davon aus, dass bei entsprechenden Voraussetzungen insbesondere Familien sowohl in den Arbeitsmarkt integriert werden, wie auch dafür Sorge getragen wird, dass durch eine verstärkte Tätigkeit auf dem Wohnungsmarkt Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden können. Dies würde die Integration deutlich erleichtern, bestehende Einrichtungen entlasten und die Notwendigkeit neue errichten zu müssen minimieren.

Gesundheit und Verbraucherschutz

Gesundheit ist für alle Menschen unabhängig von ihrem Alter ein hohes Gut. Deshalb ist eine aktive Gesundheitsfürsorge auch auf bezirklicher Ebene für die Koalitionspartner ein wichtiger Aspekt ihrer politischen Arbeit.

In der stationären Versorgung ist Harburg mit den beiden Krankenhäusern Asklepios Klinik Harburg und Helios Mariahilf Klinik gut aufgestellt. Die Unterstützung der beiden Krankenhäuser im Bezirk z.B. bei den beiden Neubauten und bei möglichen Erweiterungen ist für die Koalition selbstverständlich.

Die ambulante ärztliche Versorgung bedarf allerdings genauerer Betrachtung. In verschiedenen Bereichen Harburgs wie z.B. in Süderelbe ist die fachärztliche Versorgung nicht vollständig gewährleistet. Für den gesamten Bezirk gilt dies in manchen Bereichen, wie z.B. der Krebsvorsorge ebenfalls. Hier werden sich die Koalitionspartner dafür einsetzen, dass eine hinreichende und umfassende Facharztversorgung vor Ort sichergestellt wird.

Die Koalition begrüßt es, dass mit dem Hospiz endlich auch in Harburg eine Einrichtung geschaffen wurde, die Menschen einen letzten Lebensabschnitt in Würde ermöglicht. Die Koalition wird auch weiterhin diese Arbeit unterstützen.

Ein Schwerpunkt der Gesundheitsvorsorge muss auf der Versorgung von Kleinkindern liegen. Deshalb sind sämtliche Möglichkeiten zu nutzen, auch nach der Einstellung der Anschubfinanzierung durch den Bund die Arbeit der Familienhebammen langfristig zu sichern. Sie sind die Ansprechpartner für die Gesundheit der Kinder im ersten Lebensjahr. Zugleich sind die gerade die U-Untersuchungen wichtig für die weitere Entwicklung der Kinder. Obwohl die Kosten von U 1 bis U 9 inkl. 7a von den gesetzlichen Krankenkassen getragen werden, gibt es augenscheinlich eine nicht geringe Anzahl von Erziehungsberechtigten, die dieses Angebot nur zu einem Teil in Anspruch nehmen. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die zu einer deutlichen Verbesserung der Nutzung dieser Angebote führen.

Eltern-/Kind-Zentren und Mütterberatungsstellen sichern darüber hinaus eine hinreichende Aufklärung von Eltern. Sie sind zu sichern. Es ist zu prüfen, ob und ggf. wie weitere Eltern-/Kind-Zentren beispielsweise in Sandbek realisiert werden können.

Medizinische Leistungen gerade im Kinder- und Jugendbereich vorzuhalten bedeutet aber auch, dass Zentralisierungsbestrebungen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie kontraproduktiv sind. Die Koalition lehnt derartige Bestrebungen ab, zumal die Asklepios Klinik Harburg in diesem Bereich ein funktionierendes Angebot bereithält.

Obwohl die Krankenkassen Untersuchungen auf Zahn-, Kiefer- und Mundkrankheiten für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren zweimal kostenlos ermöglichen und Kinder bis 6 Jahren Anspruch auf drei Untersuchungen jährlich haben, sind die schulärztlichen Dienste ein wichtiger Baustein in der Gesundheitsvorsorge. Da die im Rahmen vom schul- und insbesondere schulzahnärztlichen Dienst vorgenommenen Untersuchungen geeignet sind bei Schulkindern Versäumnisse in der Gesundheitsvorsorge und –versorgung aufzuzeigen, ist dieser Dienst auf in Zukunft zu sichern.

Die Koalitionspartner werden sich aus dem Gesichtspunkt der Prävention dafür einsetzen, dass der erfolgreiche Gesundheitstag auch zukünftig stattfinden wird.

Das Gesundheitsamt soll nach Fertigstellung des Kundenzentrums an der Knoopstraße die Räumlichkeiten am Archäologischen Museum nutzen, die derzeit das Kundenzentrum beherbergen.

Hygienekontrollen und Lebensmittelkontrollen im Lebensmitteleinzelhandel, in Imbissen, Bistros und in der Gastronomie sind ein wichtiges Element, um Verbraucher zu schützen. Dazu gehört auch die Entnahme von Proben nach den Anforderungen des Lebensmittelrechts. Deshalb ist eine ausreichende personelle Ausstattung erforderlich, um die notwendigen Kontrollen sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch hinsichtlich der zeitlichen Abstände ausführen zu können.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass Rauchen und das Trinken von Alkohol auf Spielplätzen nicht stattfindet. Dennoch sind entsprechende Verbote notwendig. Wichtiger ist aber die Kontrolle der Einhaltung dieser Verbote. Hierfür werden sich die Koalitionspartner einsetzen.

Der Verkauf von Alkohol an Jugendliche ist bereits durch das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit verboten. Dennoch gibt es nach wie vor Verstöße durch Einzelhändler, Tankstellenbetreiber und Kioskinhaber, die ohne entsprechende Kontrolle des Alters Alkohol wissentlich oder fahrlässig an Jugendliche verkaufen. Die Koalitionspartner werden daher darauf dringen, dass in Harburg Testkäufe durchgeführt werden, um Verstöße aufdecken zu können.

Unsere Aufmerksamkeit müssen wir auch auf die Suchtkranken lenken. Hier ist an erster Stelle das Abridago als Einrichtung der Drogenhilfe zu nennen, das vor kurzem erweitert wurde. Aber auch weitere Einrichtungen und Hilfen für Tabletten- und Alkoholabhängige, sowie dem großen Anteil von Spielsüchtigen in der Bevölkerung. Die Dunkelziffer ist hier sehr hoch. Nach Schätzungen gibt es allein mindestens 10.000 Spielsüchtige in Hamburg. Jeder zweite davon hat einen Migrationshintergrund. Verstärkte Bemühungen bei Einschränkungen der Zulassungen von Wettbüros aller Art, auch in Innenstädten, von Spielhallen und die Überwachung von illegalen Einrichtungen, sind wichtige Präventionsmaßnahmen.

Umwelt

Die Erhaltung von Natur und Umwelt hat gerade in einer Großstadt wie Hamburg mit all ihren unterschiedlichen Nutzungen von Wohnen über Verkehrsflächen bis hin zu Gewerbe und Industrie eine große Bedeutung. Naturgebiete wie die Haake oder die Fischbeker Heide und Gewässer wie die Außenmühle dienen der Erholung und sind der notwendige Ausgleich für die verdichtete Bebauung und Versiegelung des Lebensumfeldes in anderen Bereichen der Stadt.

Harburg ist ein grüner Bezirk mit seinen vielfältigen Naturflächen und auch mit den Obstanbaugebieten im Alten Land.

Die Erhaltung der städtischen Naturflächen und der Parks setzt jedoch eine hinreichende und kontinuierliche Pflege durch die Stadt voraus. Diese ist auch in Zeiten knapper werdender Mittel zu gewährleisten. Die Koalitionspartner werden daher prüfen lassen, ob und inwieweit Mittel aus den Ausgleichszahlungen für Eingriffe in die Natur auch für Bestandsunterhaltungsmaßnahmen in Parks und Grünanlagen verwendet werden können. Sollte dies nach gegenwärtiger Rechtslage nicht möglich sein, wird die Koalition gegenüber der Hamburgischen Bürgerschaft anregen, die gesetzlichen Grundlagen hierfür zu schaffen, da die mit den Ausgleichszahlungen geschaffenen neuen Ausgleichsflächen nicht mit den

gleichbleibenden bezirklichen Mitteln für die Unterhaltung dieser Flächen ausreichend gepflegt werden können.

Bei der Pflege und Bewirtschaftung von Wäldern ist darauf zu achten, dass Monokulturen vermieden und durch Laubbaumbestand ein gesunder Mischwald erhalten bleibt oder hergestellt wird.

Der Zustand der Sauberkeit in den Parks und Grünanlagen ist allerdings auch davon abhängig, dass die Nutzer ihren Müll ordnungsgemäß entsorgen. Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass in den Parks und Grünanlagen Müllbehälter in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Für eine flexible und zeitnahe Durchführung von Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen in Parks und Grünanlagen und den Naturflächen des Bezirks ist eine kurze und unmittelbare Kommunikation mit den betreffenden Dienststellen notwendig. Die Koalition wird sich daher allen Versuchen entgegenstellen, die Verwaltung der Forste, Friedhöfe und Parks aus der bezirklichen Verantwortung zu lösen und zu zentralisieren.

Innerhalb der bezirklichen Verwaltung hat sich die unterschiedliche Zuständigkeit für Genehmigungen zum Fällen von Bäumen als unpraktisch erwiesen. Für die Fällgenehmigungen im öffentlichen Raum ist das Fachamt Management des öffentlichen Raums zuständig. Für die Fällgenehmigungen auf Privatgrundstücken das Zentrum für Wirtschaft und Bauen. Hier strebt die Koalition eine einheitliche Zuständigkeit im Bezirksamt an.

Umweltschutz bedeutet auch Gewässerschutz. Deshalb ist die Pflege, Erhaltung und Verbesserung der Gewässer in unserem Bezirk, insbesondere des ökologischen Zustand der Gewässer Seevekanal und Moorburger Landscheide ein wichtiges Anliegen.

Da der Schutz von Umwelt und Natur nicht vor der eigenen Haustür endet sondern eine globale Aufgabe insbesondere auch im Hinblick auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit ist, muss auch Harburg seinen Beitrag hierzu leisten.

Die lokale Agenda 21 hat auf bezirklicher Ebene viele Denkanstöße gegeben und mit dem Portal für Klima und Nachhaltigkeit auch das Bewusstsein für diese Themen geschärft. Deshalb werden die Koalitionspartner auch weiterhin den lokalen Prozess der Agenda 21 unterstützen und fördern. Auch der Nachhaltigkeitspreis wird weiterhin ausgelobt und in gleichbleibendem Umfang vergeben.

Hamburg ist ein Vorreiter für Elektromobilität in Deutschland. Auch in Harburg gibt es an einigen Stellen im Bezirk bereits E-Ladestationen. Um allerdings die Akzeptanz der E-Mobilität langfristig weiter zu steigern, ist es erforderlich, an ausgewählten Stellen im gesamten Bezirk entsprechende Ladestationen zur Verfügung zu stellen. Die Koalitionspartner werden sich daher dafür einsetzen, dass zeitnah weitere E-Ladestationen im Bezirk Harburg und insbesondere auch im Bereich Süderelbe errichtet werden.

Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass Fracking mit hohen Risiken verbunden ist. Fracking wird daher weiterhin konsequent abgelehnt.

Innere Sicherheit und Bürgerservice

Die persönliche Sicherheit vor Gefahren vor allem für Leib und Leben und die Sauberkeit im öffentlichen Raum sind Grundbedingungen eines funktionierenden Gemeinwesens. Sobald Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, dass in diesen Bereichen eine Schieflage entsteht, entsteht eine Unzufriedenheit gegenüber dem Staat, der in dieser Wahrnehmung eine seiner originären Aufgaben nicht erfüllt. Jedermann muss sich objektiv und subjektiv sicher und ohne Angst in Harburg bewegen können.

Polizei und Feuerwehr

Für die Erfüllung der grundlegenden Sicherheitsbedürfnisse sind die Polizei und die Feuerwehr zuständig. Sie weiterhin in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu stärken ist eine wichtige Aufgabe der Koalition.

Dies bedeutet, dass die Koalitionspartner sich dafür einsetzen werden, dass die beiden Harburger Polizeikommissariate stets den Personalsollstand insbesondere im Bereich des Jugendschutzes erreichen. Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass die Bürgernahen Beamten als sichtbare und unmittelbare Ansprechpartner in den Quartieren weiterhin in mindestens gleicher Anzahl erhalten bleiben.

Die Verkehrsstaffel Süd ist durch die Aufgaben bei der Begleitung von Schwerlasttransporten stark belastet, so dass die Gefahr besteht, dass andere Aufgabenbereiche nicht hinreichend abgedeckt werden können. Deshalb ist auch bei der Verkehrsstaffel sicherzustellen, dass die Personalsollstärke durchgehend vorhanden ist. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob eine Entlastung der Verkehrsstaffel Süd bei der Begleitung von Schwertransporten durch die Übertragung dieser Aufgaben auf Private erfolgen kann.

Zu den notwendigen Aufgaben der Gefahrenbekämpfung gehört auch eine effektive Brandbekämpfung. Hier besteht in Süderelbe Nachholbedarf, da die vorhandene Feuerwache Süderelbe aufgrund ihrer Lage und ihres Einsatzgebiets die notwendigen zeitlichen Vorgaben schon jetzt nicht in allen Bereichen Neugraben-Fischbeks einhalten kann. Durch den zunehmenden Wohnungsbau in den westlichen Bereichen des Süderelbes im Elbmosaik und zukünftig auf dem Gelände der ehemaligen Röttiger-Kaserne wird sich dies noch verstärken. Deshalb sind sich die Koalitionspartner darüber einig, dass eine zusätzliche neue Feuerwache im Westen Neugraben-Fischbeks erforderlich ist.

Die Freiwilligen Feuerwehren in Harburg leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gefahrenbekämpfung. Ihr ehrenamtliches Engagement ist zu unterstützen. Die

Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass der zukünftige Standort für die Freiwillige Feuerwehr Harburg im Bleicherweg sein soll. Das Bauvorhaben ist zügig umzusetzen.

Prävention

Die Sicherheitskonferenz hat sich seit 1998 als Instrument für mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen durch den Dialog von Polizei, Verwaltung, Politik und gesellschaftlichen Gruppen bewährt. Die Koalitionspartner werden die Sicherheitskonferenz daher auch weiterhin finanziell sichern und fördern.

Öffentliche Räume sollten grundsätzlich unter dem Aspekt der Verbesserung der Sicherheit und des Empfindens von Sicherheit betrachtet werden. Aus diesem Grunde sollten im Zuge sämtlicher Planungen, vor allem bei der Erstellung von Bebauungsplänen kriminalpräventive Maßnahmen anhand von Vorschlägen der Polizei und insbesondere des Landeskriminalamts unter dem Stichwort „Städtebau und Kriminalprävention“ mit bedacht werden.

Bürgerservice

Die Einwohnermeldeämter sind die Bereiche der Verwaltung mit denen alle Bürgerinnen und Bürger im Laufe der Jahre mehrfach in Kontakt kommen. Deshalb soll überprüft, ob und ggf. wie das Dienstleistungsangebot in den Kundenzentren vor allem hinsichtlich der Öffnungszeiten bedarfsgerecht und bürgerfreundlich ausgestaltet werden kann.

Ziel ist es dabei auch, die Möglichkeiten für eine Reduzierung von Wartezeiten in den Kundenzentren zu prüfen.

Die Koalitionspartner sind sich zudem einig, dass es den Bürgerinnen und Bürgern auch zukünftig in Süderelbe ermöglicht werden wird, direkt vor Ort Einwohnermeldeamtsangelegenheiten im Kundenzentrum zu erledigen.

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sei es bei den Freiwilligen Feuerwehren, beim THW, bei der Deichwacht, im Katastrophenschutz oder in andern gesellschaftlich aktiven Vereinen und Organisationen leisten eine wichtige und wertvolle Aufgabe für unsere Gesellschaft. Sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen und ihnen die Wertschätzung entgegen zu bringen, die sie für ihren Dienst an der Allgemeinheit verdienen, ist auch eine Aufgabe der Bezirkspolitik, die die Koalitionspartner aktiv angehen werden.

Kultur

Kultur ist identitätsstiftend. Sie hat nicht nur einen Freizeitwert sondern ist geeignet, Menschen eine Identifikation mit ihrer Heimat zu ermöglichen und Selbstbewusstsein im Hinblick auf die eigene Herkunft zu geben. Sie hat darüber hinaus einen hohen Wert für das Ansehen und das Image einer Stadt.

Harburg hat im besten Sinne Kultur und die Harburger Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, nicht nur das Erreichte zu sichern sondern auch weitere Kultureinrichtungen nach Harburg zu ziehen und das kulturelle Angebot zu verbreitern.

Hierzu wird die Koalition dafür sorgen, dass die vom Bezirk geförderten Veranstaltungen und Preise (Sportlerehrung, Nachhaltigkeitspreis, Jugendkulturpreis, Ehrenamts- und Integrationspreis, Süderelbe-Empfang und Harburg-Empfang) auch weiterhin in bewährtem Rahmen stattfinden können.

Kultur ist auch die Identifikation mit dem historischen Erbe. Deshalb soll das Gewölbe des Harburger Schlosses für Zwecke des Archäologischen Museums umgebaut und dem Helms Museum für Ausstellungen überlassen werden. Die Freiflächen um das Schloss herum sind von Bebauung und Nutzung freizuhalten, um den vorhandenen Rest des historischen Ensembles in seiner Wirkung zu erhalten.

Die Pläne, das Kulturkaufhaus am Kaufhauskanal zu sanieren und einer kulturellen Nutzung zuzuführen werden ausdrücklich begrüßt.

Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die Ausschreibung für die kulturelle Nutzung der alten Fischhalle am Kanalplatz durch die zuständige Fachbehörde nun ohne weitere Verzögerung erfolgt, damit auch dort das geplante Kulturcafé entstehen kann.

Denkmalschutz ist für den Erhalt der historischen Identität Harburgs wichtig, wie der Erhalt der Kaserne auf dem Schwarzenberg zeigt, die jetzt das Schmuckstück der TU Harburg ist. Er ist auch für die Koalition ein wichtiges Anliegen. Konflikte sind dennoch so zu lösen, dass der Denkmalschutz nicht dazu führt, dass Gebäude nicht genutzt werden können und verfallen. Deshalb ist für die Gebäude der ehemaligen New York-Hamburger Gummi-Waaren Compagnie, die Zeugnis für eine über 150 Jahre alte Industriegeschichte sind, eine Lösung zu finden, die eine geordnete städtebauliche Nutzung des Grundstücks aufgrund vorhandener Schadstoffbelastung und Aspekten des Denkmalschutzes nicht verhindert.

Das Archäologische Museum Hamburg und das Helms Museum sind seit mehr als 100 Jahren ein kultureller Anziehungspunkt, der durch seine wiedererlangte Selbständigkeit für das Harburger Selbstverständnis wichtig ist. Die positive Entwicklung dieses Hauses wird von der Koalition auch weiterhin unterstützt. Ebenso die positive Entwicklung des Harburger Theaters, die durch den Umbau der Bühnentechnik und Erweiterung noch einen Schub erfahren wird.

Die Koalition strebt dafür unter anderem an, dass die Kooperation von Museum und Theater mit den Harburg Arcaden bei den Stellplätzen für Besucher fortgesetzt wird.

Ein besonderer Fokus der Koalition gilt der kulturellen Nutzung im Harburger Bahnhof durch den Kunstverein und im Stellwerk. Die kulturelle Nutzung der Räume des Stellwerks und des Kunstvereins muss für die Zukunft gesichert werden. Die Koalition wird sich dafür einsetzen,

dass vorhandene Nutzungskonflikte mit der Bahnpolizei beim Betrieb des Stellwerks nicht zur Einstellung der Nutzung führen.

Es soll geprüft werden, ob eine kulturelle Nutzung von Phoenix-Hallen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Sammlung Falckenberg trotz vorhandener Schadstoffbelastung möglich ist. Die Koalition begrüßt ausdrücklich Pläne, neben der Sammlung Falckenberg dort weitere dauerhafte Ausstellungen einzurichten.

Die Koalition wird die Schaffung des Museums in Rönneburg durch die Hanne-Darboven-Stiftung positiv begleiten.

Die vielfältigen kulturellen Einrichtungen Harburgs müssen für Harburgerinnen und Harburger ebenso wie für Besucher aber auch zu finden sein. Deshalb werden die Koalitionspartner dafür sorgen, dass die Harburger Innenstadt ein Fußgängerleitsystem erhält, das die Besucher auch zu den kulturellen Einrichtungen Harburgs leitet.

Kultur ist aber auch die Stadtteilkultur vor Ort. Die Koalitionspartner werden auch diese sichern und fördern. Insbesondere die Angebote der Kulturwerkstatt, des Kulturhauses Süderelbe und der Geschichtswerkstatt gilt es zu erhalten und finanziell zu sichern. Hier strebt die Koalition an, dass mehr Mittel für die Geschichtswerkstatt für eine gesicherte Finanzierung der Arbeit durch die Fachbehörde bereitgestellt werden.

Die Alte Wache am Osttor der Röttiger-Kaserne soll für eine Nutzung als Ausstellungsstätte erhalten werden, in der der Traditionsverein der 75er aber auch eine Ausstellung zur Hamburger Flut von 1962 unterkommen können. Hierbei ist eine Finanzierung durch Investoren auf dem Gelände der ehemaligen Röttiger-Kaserne anzustreben.

Es ist zu prüfen, ob die ehemalige Fischbeker Schule in der Cuxhavener Straße 400 zumindest mittelfristig einer kulturellen Nutzung zugeführt werden kann.

In Neuenfelde begrüßt und unterstützt die Koalition die Eigeninitiative ansässiger Vereine und Organisationen mit dem „Hus bi de Kark“ ein Heimatmuseum für die Elbdörfer zu schaffen.

Harburg hat viele Kunstwerke im öffentlichen Raum. Viele von ihnen werden kaum bemerkt. Es ist daher ein Ziel der Koalition, Kunstwerke bemerkbar zu machen und dafür zu sorgen, dass die Unterhaltung und Instandhaltung der Kunstwerke gesichert bleibt.

Auch Kultur braucht eine auskömmliche finanzielle Ausstattung. Deshalb werden die Mittel, die bisher dem Frauenkulturhaus zur Verfügung standen, auch zukünftig im Bezirk für die Stadtteilkulturarbeit zur Verfügung stehen, um weiterhin Projekte in der Stadtteilkultur finanziell zu fördern.

Der Rieckhof braucht auch in Zukunft eine verlässliche finanzielle Basis für seine Arbeit. Hierzu ist die historisch gewachsene und überholte rechtliche Situation sowohl hinsichtlich der vorhandenen Mietverhältnisse als auch der finanziellen Förderung zu überprüfen und zu

überarbeiten, wie auch die anfallenden Kosten für die Unterhaltung des Gebäudes damit eine transparente und gesicherte Förderung ermöglicht wird.

Ein effektives und unabhängiges Centermanagement im Feuervogel und im BGZ ist notwendig, um den Betrieb als Stadtteilkommunikationszentren effektiv wahrzunehmen. Mittelfristiges Ziel ist ein wirtschaftlicher Betrieb mit einem sich selbst tragenden Centermanagement. Die Koalition wird sich dafür einsetzen, eine dauerhafte Finanzierung durch die beteiligten Fachbehörden und Nutzer der Einrichtungen zu erreichen.

Die Richtlinien für die Förderung aus Stadtteilkulturmitteln werden fortgeschrieben.

Kultur braucht eine Beteiligung der Kulturschaffenden. Bisherige Versuche haben sich nicht bewährt. Die Koalition wird unter Beteiligung der Kulturschaffenden Vorschläge für eine Fortentwicklung des Kulturbeirats und angemessene, demokratisch verfasste Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten erarbeiten.

Sport und Freizeit

Die Sicherung und Fortentwicklung der Sport- und Freizeitmöglichkeiten in Harburg ist für die Koalition ein wichtiges Anliegen, damit die vorhandene Lebensqualität noch weiter verbessert wird. Menschen brauchen öffentliche Räume, um sich in ihrer Freizeit erholen und Entspannung vom Alltag finden zu können. Hierbei sind Breiten- und Spitzensport für uns kein Widerspruch.

Sportplätze

Die gute Sport- und Freizeitinfrastruktur Harburgs ist weiter bedarfsgerecht auszubauen und instandzuhalten. Erforderlich sind aber auch neue Ideen, wie öffentliche Räume sinnvoll für die Freizeitgestaltung und den Sport geöffnet und hergerichtet werden können.

Die Koalition wird daher dafür sorgen, dass im Zuge der Fortschreibung des erfolgreichen Sanierungsprogramms für Sportplätze weitere Harburger Sportplätze zu Kunstrasenplätzen umgebaut werden. Nach dem erfolgreichen Umbau der Sportplätze Kiesbarg, Jägerhof, Alter Postweg und Baererstraße steht nun ein Umbau der Sportplätze Marienkäferweg und Wilstorfer Höh an, um auch die sportlichen Möglichkeiten der im Harburger Süden und Osten ansässigen Vereine zu verbessern. Dazu gehört auch der Bau eines neuen Sportplatzes im Fischbeker Westen.

Die Koalition wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass der Bezirk mit der Schulbehörde Verhandlungen über eine Sanierung der Schulsportplätze Ehestorfer Weg und Arp-Schnitger-Stieg führt.

Die viel genutzte 1000-m-Cross-Bahn am Sportplatz Jägerhof ist zu sanieren. Insbesondere die Beleuchtung der Strecke ist in Teilen abgängig und wiederherzustellen.

Sporthallen

Hinsichtlich der Sporthallen im Bezirk begrüßen die Koalitionspartner die Initiative des Senats zur Sanierung und zum Neubau zahlreicher Sporthallen im Bezirk. Neubauten an der Stadtteilschule Süderelbe oder demnächst an der Goethe-Schule Harburg tragen dazu bei, dem Schul- und Vereinssport neue Möglichkeiten zu eröffnen. Hierbei ist allerdings auch die Substanzerhaltung nicht zu vernachlässigen. Die Koalition wird sich daher dafür einsetzen, dass die GWG auch die Schulsporthalle Opferberg zeitnah saniert.

Die Koalitionspartner werden zudem darauf hinwirken, dass zeitnah ein Konzept für die geplanten Sport- und Freizeitflächen im Neubaugebiet Elbmosaik vorgelegt und umgesetzt wird.

Die Koalition begrüßt und unterstützt zudem die Pläne von TU Harburg und Friedrich-Ebert-Gymnasium, soweit diese noch Bestand haben, eine gemeinsame Sporthalle in Heimfeld zu bauen.

Beim Bau einer neuen Sporthalle für die Goethe-Schule Harburg wird die Koalition darauf achten, dass als Ergänzung zur sanierten, aber nicht mehr den modernen Erfordernissen entsprechenden Halle Kerschensteinerstraße eine Halle gebaut wird, die auch ausreichende Zuschauerkapazitäten erhält.

Schwimmen in Harburg

Harburg verfügt mit dem Midsommerland zwar über ein modernes und gut besuchtes Freizeitbad. Für die Erfordernisse des Schul- und Sportschwimmens steht in Harburg jedoch nur das Hallenbad Süderelbe zur Verfügung. Zugleich vermittelt das Freibad Neugraben in Neuwiedenthal notwendige Schwimmkenntnisse auch Menschen aus sozial schwierigen Familien.

Um den Harburger Schwimmvereinen auch weiterhin ihre sportliche Tätigkeit zu ermöglichen sind die Zeiten, die diese Vereine in der Wilhelmsburger Schwimmhalle zur Verfügung haben, dauerhaft zu sichern.

Auch die Finanzierung des Betriebs des Freibades Neugraben durch Bäderland Hamburg wird die Koalition sicherstellen.

Vor dem Hintergrund der Einwohnerentwicklung im Bezirk und insbesondere in Süderelbe strebt die Koalition mittelfristig zur Modernisierung und Verbesserung der Schwimmmöglichkeiten im Bezirk den Bau eines neuen Kombibades im Bereich des Neubaugebiets Elbmosaik an. Die Planungen müssen bereits jetzt vorangetrieben werden.

Unterstützung der Vereinsarbeit

Harburgs Vereine brauchen Raum und Unterstützung vor allem bei ihrer sozialen Arbeit. Deshalb ist die optimale zeitliche Nutzung der Kapazitäten der Sportstätten oberste Priorität. Es ist dabei zu prüfen, welche Kapazitäten vorhanden sind und welche Bedarfe bestehen.

Dies schließt die Prüfung ein, ob die Kapazitäten derzeit von Schulen und Vereinen optimal genutzt werden.

Die Koalition wird ferner im Rahmen der Bezirkssondermittel einen eigenen Haushaltstitel mit einer Ausstattung von zunächst 20.000,-- EUR schaffen, mit dem projektbezogen die soziale Kinder- und Jugendarbeit der Harburger Sportvereine unterstützt werden wird.

Die Kooperation von Sportvereinen und Schule bietet viele Möglichkeiten sowohl für die Schulen, die durch die Kooperation ein erweitertes Angebot erhalten als auch für die Vereine, die sich neuen Mitgliedergruppen öffnen können. Die Koalition ist sich darüber einig, dass diese Kooperationen gefördert und unterstützt werden müssen. Ein geeignetes Kommunikationsinstrument – gerade wenn Konflikte auftreten – sind u.a. die regionalen Bildungskonferenzen. Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass auf den Konferenzen auch die Förderung und Sicherung der Kooperationen Thema ist.

Wichtig ist die Würdigung der sportlichen Leistung, die Harburger Sportler in den unterschiedlichsten Sportarten und in den verschiedensten Altersklassen in Hamburg aber auch national und international Jahr für Jahr erbringen. Deshalb stehen die Koalitionspartner dafür ein, dass die traditionelle Sportlerehrung auch in Zukunft die sportlichen Leistungen, die aus Harburg erbracht werden, in einem angemessenen Rahmen gewürdigt werden.

Olympia und Spitzensport

Olympische Spiele 2024 oder 2028 in Hamburg bieten eine große Chance für die Stadt und den Sport in dieser Stadt. Damit Olympische Spiele auch eine Chance für Harburg sind, setzt sich die Koalition dafür ein, dass auch der Bezirk Harburg angemessen an den sportlichen Wettbewerben beteiligt wird. Mit einer neuen Mountainbike-Strecke in den Harburger Bergen, spielt Harburg zwar schon eine Rolle. Angesichts des erfolgreichen Beachvolleyballturniers im Harburger Binnenhafen und der bundesligatauglichen CU-Arena in Süderelbe, verfügt Harburg aber noch über ein größeres Potenzial für sportliche Wettbewerbe bei Olympischen Spielen. Insbesondere können Harburger Sport- und Trainingsstätten optimiert werden.

Spitzensport ist auch in Harburg wichtig. Deshalb wird sich die Koalition für die Sicherung des hochkarätigen Beachvolleyballturniers im Harburger Binnenhafen einsetzen.

Die Rettung des Spielbetriebs des VT Aurubis wird von den Koalitionspartnern mit Erleichterung gesehen. Die Volleyball-Bundesligamannschaft des VT Aurubis mit ihren Spielen in der CU-Arena ist ein Aushängeschild für den Süden Hamburgs und insbesondere für den Bereich Süderelbe. Spitzensport auf diesem Niveau ist für das Image Harburgs positiv. Deshalb wird die Koalition die zukünftige Entwicklung des VT Aurubis begleiten und dafür sorgen, dass der Bezirk im Rahmen seiner Möglichkeiten organisatorische Unterstützung leistet.

Süderelbe

Süderelbe ist ein vielfältiger Teil Harburgs. Der ehemalige Ortsamtsbereich bietet mit den südlich der B73 liegenden ausgedehnten Wohngebieten hauptsächlich mit Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern, den beiden Großsiedlungen Neuwiedenthal und Sandbek sowie dem dörflichen Charakter der landwirtschaftlich geprägten Elbdörfer sowohl Herausforderungen als auch Chancen. Die Landschaftsräume sind geprägt von Wäldern, Heideflächen und Mooren und einer hohen Freizeitqualität. Zugleich sind in Süderelbe zwei der größten und ambitioniertesten Neubauvorhaben mit dem Elbmosaik sowie der Bebauung der ehemaligen Röttiger-Kaserne angesiedelt.

Das Neugrabener Zentrum ist dabei ein wichtiger Baustein und zugleich eine der Herausforderungen. Aufgrund der strukturellen Veränderungen im Einzelhandel benötigt das Zentrum Impulse, um seine Funktion als Bezirksentlastungszentrum wieder in vollem Umfang wahrnehmen zu können. Die Koalitionspartner sind sich daher darüber einig, dass die Förderung des Gebiets fortgesetzt und das Entwicklungskonzept weiter umgesetzt werden muss. Dies beinhaltet eine gestalterische Aufwertung der „Fußgängerzone“, verbunden mit einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität, aber auch eine Sicherung und Weiterentwicklung des privaten Wochenmarkts auf dem Neugrabener Marktplatz.

Insbesondere die neuen Einwohner im Baugebiet Elbmosaik könnten zu einer Belebung des Neugrabener Zentrums beitragen. Hierzu ist allerdings die Verbindung zwischen dem Elbmosaik und dem Zentrum attraktiv umzugestalten. Die Koalitionspartner streben an, dass die IBA beauftragt wird, ein Gesamtkonzept zu erstellen, das die fußläufige Verbindung vom Elbmosaik bis ins Neugrabener Zentrum umfasst. Hierbei sind die Zugangssituation vom und ins Elbmosaik über die Gleisanlagen einschließlich der Zugänge zu den Anlagen der Bahn AG, der S-Bahn und der Busse sowie die Zugänglichkeit des P&R Parkhauses und die leichte Erreichbarkeit des BGZ und der CU-Arena auch unter den Gesichtspunkten der Barrierefreiheit zu prüfen.

Die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes kann in den bisherigen Varianten nicht erfolgen, da die hierzu erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Trotzdem ist es das Ziel, den Bahnhofsvorplatz – und sei es auch in mehreren Schritten – so umzugestalten, dass er nicht nur seine Funktion wahrnehmen sondern auch als attraktive Verbindung zum Neugrabener Zentrum dienen kann. Auch insoweit sind Überlegungen im Rahmen des Gesamtkonzepts einzustellen ebenso wie zur attraktiveren Querung der B73. Die Gesamtkonzeption soll dabei auch die Torbauten einbeziehen, sowie auch eine Kostenschätzung und einen möglichen Zeitplan enthalten.

Das Süderelbe Einkaufszentrum (SEZ) ist ein weiterer wichtiger Baustein auf der Wegeverbindung zum Neugrabener Ortszentrum. Die Eigentümer haben sich gegenüber dem Bezirk zur Modernisierung des SEZ verpflichtet. Die Koalition wird die Eigentümer hierin unterstützen und gleichzeitig darauf achten, dass die Eigentümer die festgelegten

Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen entsprechend des hierzu erarbeiteten Konzepts umsetzen.

Das Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) bietet im Zusammenwirken mit Bundesprogrammen (z.B. Soziale Stadt) und bezirklichen Mitteln gerade Stadtteilen mit problematischeren Strukturen eine Möglichkeit, diese in einem mehrjährigen geordneten Prozess zu verbessern. Die Koalition wird sich daher auf Hamburger Ebene dafür einsetzen, dass dieses Rahmenprogramm und die hierdurch geförderten Maßnahmen fortgesetzt werden.

Insbesondere für Neuwiedenthal, das erst seit 2013 wieder ein Gebiet der integrierten Stadtteilentwicklung ist, ist die verlässliche Finanzierung der Quartiersentwicklung und einzelner daraus folgender Projekte, wie der Neubau des Hauses der Jugend von großer Bedeutung. Die Koalitionspartner werden sich daher dafür einsetzen, dass die Maßnahmen bis zum Ende der Projektzeit mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden, damit eine aktive und positive Stadtteilentwicklung möglich ist.